STADT SANKT AUGUSTIN

DER BÜRGERMEISTER

Dienststelle/Aktenzeichen: Fachbereich 2 / Finanzen

Sitzungsvorlage

Datum: 17.11.2003

Drucksache Nr.: **03/0403**

öffentlich

Beratungsfolge: Rat

Sitzungstermin: 10.12.2003

Betreff:

Änderung der Hundesteuersatzung

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Sankt Augustin beschließt die nachfolgende Satzung zur Änderung der „Satzung über die Erhebung der Hundesteuer (Hundesteuersatzung)“ vom 27.12.1996, zuletzt geändert durch Satzung vom 19.02.2003:

Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung der Hundesteuer (Hundesteuersatzung) vom 27.12.1996

Aufgrund des § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV NRW S. 666/SGV NRW 2023), zuletzt geändert durch Gesetz zur Errichtung einer Gemeindeprüfungsanstalt vom 30.04.2002 (GV. NRW. 2002, S. 160) und der §§ 1 bis 3 und § 20 Abs. 2 Buchst. b des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG) vom 21. Oktober 1969 (GV NRW S. 712/SGV NRW 610), zuletzt geändert durch Art. 74 des Gesetzes zur Anpassung des Landesrechts an den Euro vom 25.09.2001 (GV. NRW. 2001 S. 708), hat der Rat der Stadt Sankt Augustin in seiner Sitzung am 10.12.2003 folgende Satzung beschlossen:

Artikel 1

§ 2 Absatz 4 wird neu eingefügt:

„Wird ein Hund der genannten Rassen auf Grund des Nachweises, dass eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit nicht zu befürchten ist, gem. § 5 Abs. 3 Landeshundegesetz von

der Anlein- und Maulkorbpflicht befreit, wird für die Zeit der Befreiung die erhöhte Hundesteuer nicht erhoben.“

Artikel 2

Die Änderungssatzung tritt am 01.01.2004 in Kraft.

Problembeschreibung/Begründung:

Der Landtag des Landes Nordrhein-Westfalen hat im Dezember 2002 das „Hundegesetz für das Land Nordrhein-Westfalen“ mit Wirkung vom 01.01.2003 beschlossen, gleichzeitig ist die Landeshundeverordnung außer Kraft getreten. Das Landeshundegesetz ändert den Katalog der gefährlichen Hunde (früher Anlage 1-Hunde). Danach sind **gefährliche Hunde** i.S. des Landeshundegesetzes diejenigen Hunde, bei denen die Gefährlichkeit nach § 3 Abs. 2 vermutet wird.

Daneben werden in § 10 Absatz 1 Landeshundegesetz im Rahmen der Gefahrenvorsorge Hunde bestimmter Rassen festgelegt, denen ebenfalls ein erhöhtes Gefährdungspotential unterstellt wird. Die im Katalog des § 10 Absatz 1 genannten Rassen werden den unwiderleglich als gefährlich eingestuften Rassen des § 3 Absatz 2 Satz 1 weitestgehend gleichgestellt. Das Halten eines Hundes dieser Rassen ist ebenfalls aufgrund einer behördlichen Feststellung erlaubnispflichtig. Bei Hunden bestimmter Rassen muss u. a. für die Erlaubnis zur Hundehaltung kein privates oder öffentliches Interesse nachgewiesen werden und es besteht kein Zuchtverbot.

Da sowohl die ordnungspolitische Zielsetzung des Landeshundegesetzes als auch die Lenkungsfunktion der kommunalen Hundesteuersatzung dem Zweck dienen, die Verbreitung und das Halten potentiell gefährlicher Hunde einzudämmen, führt die Mustersatzung des Nordrhein-Westfälischen Städte- und Gemeindebundes die Hunde der §§ 3 und 10 als gefährliche Hunde auf, die der erhöhten Steuer unterliegen.

Im Vergleich zu den Nachbarstädten erhebt bisher nur die Stadt Sankt Augustin uneingeschränkt eine erhöhte Hundesteuer für alle als potentiell gefährlich eingestuften Hunde. Die Städte Hennef, Siegburg und Lohmar erheben keine erhöhte Hundesteuer für gefährliche Hunde. Die Städte Königswinter, Troisdorf und Bonn besteuern lediglich die Hunde nach § 3 mit der erhöhten Hundesteuer. Zudem besteht in Bonn die Möglichkeit, bei Nachweis der Ungefährlichkeit eines Hundes auf Antrag nur den einfachen Steuersatz festzusetzen.

Die Stadt Sankt Augustin hat derzeit für 23 „§ 3-Hunde“ und für 20 „§ 10-Hunde“ eine erhöhte Hundesteuer festgesetzt.

Nach § 5 Abs. 3 LHG kann ein Antrag auf Befreiung von der Maulkorb- und verschärften Anleinpflicht gestellt werden, wenn der Halter nachweist, dass eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit nicht zu befürchten ist. In Sankt Augustin sind fünf Befreiungen für „§ 3-Hunde“ und drei Befreiungen für „§ 10-Hunde“ (Stand: 18.11.2003) erteilt worden.

Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass der Gesetzgeber eine derartige Möglichkeit eröffnet, erscheint es vertretbar, in diesem Fall auch auf die Erhebung einer erhöhten Hundesteuer zu verzichten. Damit besteht ab 2004 für alle Hundehalter die Möglichkeit, durch entsprechenden Nachweis die Erhebung der erhöhten Hundesteuer zu vermeiden.

In Vertretung

Hans-Ulrich Lehmacher
Erster Beigeordneter

Die Maßnahme

- hat finanzielle Auswirkungen
 hat keine finanziellen Auswirkungen

Die Gesamtkosten belaufen sich auf _____ Euro.

- Sie stehen im Verw. Haushalt Vermög. Haushalt
unter der Haushaltsstelle _____ zur Verfügung.

- Der Haushaltsansatz reicht nicht aus. Die Bewilligung über- oder außerplanmäßiger Ausgaben ist erforderlich.

Für die Finanzierung wurden bereits veranschlagt Euro, insgesamt sind Euro bereitzustellen. Davon im laufenden Haushaltsjahr Euro.